

20.02.2018

## Kleine Anfrage 805

des Abgeordneten Thomas Röckemann AfD

### Überlastung nordrhein-westfälischer Gerichte

Wie die FAZ in einem Artikel vom 14.8.17 berichtet werden die Verwaltungsgerichte von einer Welle von Asylverfahren überbelastet. So seien mittlerweile 80% der Klagen am Düsseldorfer Verwaltungsgericht Asylklagen.

Auf Grund der zahlreichen Asylverfahren, aber auch wegen Unterbesetzung, warnen nordrhein-westfälische Gerichte vor dem Kollaps. Die Belastungsquote der Mitarbeiter liege bei 270%, wie der Gerichtspräsident Heusch sagt.

Dabei werden aus Furcht vor negativer Presse die Asylverfahren bevorzugt abgearbeitet, während Klagen von Bürgern liegen bleiben, wie etwa im Falle einer schwerbehinderten Studentin, deren Klage auf Nachteilsausgleich nicht rechtskräftig wäre, bevor sie das Studium beendet hätte.

Neben den an den überlasteten Gerichten tätigen Juristen und Angestellten leidet unter solchen Zuständen auch die Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit, etwa wenn wegen Personalmangel gesetzliche Fristen nicht eingehalten werden können, der Bürger unverhältnismäßig lange auf sein Verfahren warten muss oder wegen Zeitmangel nicht die nötige Sorgfalt aufgebracht werden kann.

Ich frage daher die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Entwicklung der Anzahl an Verfahren in den kommenden fünf Jahren ein?
2. Sieht die Landesregierung Auswirkungen der oben genannten Zustände auf die Rechtsprechung?
3. Wie hoch schätzt die Landesregierung die Mehrkosten, die durch die oben genannten Missstände entstehen?

Datum des Originals: 19.02.2018/Ausgegeben: 20.02.2018

4. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um die oben genannten Missstände zu beheben?

Thomas Röckemann